

Kurz & bündig

Neuer Hochschulpakt

Neun Milliarden Euro für Hessens Hochschulen, das hat die hessische Landesregierung mit den hessischen Hochschulen ausgehandelt. Diese „Rekordsumme“ reicht bei rasant steigenden Studierendenzahlen nicht aus. Der Zustand der Unterfinanzierung kann damit nicht behoben werden. Erfolge sind dennoch zu verzeichnen. Erste Forderungen des „Templiner Manifests“ der GEW fanden Eingang in den Hochschulpakt, so soll beispielsweise der Anteil kurzfristiger wissenschaftlicher Beschäftigungsverhältnisse reduziert werden.

BAföG steigt um sieben Prozent

Im Wintersemester 2016/17 wird der BAföG-Betrag erstmals seit mehr als einem halben Jahrzehnt angehoben. Der Höchstsatz steigt insgesamt um sieben Prozent – somit von 670 Euro auf 735 Euro. Dass sieben Prozent in keinem Verhältnis zu den Preisentwicklungen von Miete und Lebensunterhalt stehen und zu gering sind, lässt sich erahnen. Um dem Problem der Unterfinanzierung zu begegnen, fordert die GEW einen Inflationsausgleich. Des Weiteren ist eine Aufhebung der Altersgrenze, sowie ein elternunabhängiger Bezug sinnvoll. Für eine gerechte Studienförderung!



Alles beim Alten?

Das neue Hochschulgesetz

Im Dezember 2014 wurde vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Hochschulen, Parteien und Verbänden ein Entwurf für eine Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG) vorgelegt. Eine Behebung von bekannten Problemen, vor allem von sozialelektiven Mechanismen, ist darin nicht zu erkennen.

Selektive Mechanismen der Übergänge im Bildungssystem, wie sie aktuell bestehen, werden durch die Novellierung nicht beseitigt: Der positive Ansatz der Verringerung von herkunftsspezifischen Hürden bei Bildungsübergängen, zum Beispiel durch einen Meisteranschluss oder qualifizierte Fort- und Weiterbildungen, wird durch die Möglichkeit der Einführung eines verpflichtenden, abschreckenden „Online-Self-Assessment“ relativiert.

Anstatt neue Hürden an Übergängen im Bildungssystem zu schaffen, müssten vielmehr bestehende abgebaut werden. Aus Sicht der GEW zählt hierzu unter anderem die Einführung eines Teilzeitstudiums und der garantierte Zugang zu einem weiterführenden Master-Studium, das von den meisten Bachelor-Absolvent_innen angestrebt wird. Master-Studienplätze werden jedoch oft in Abhängigkeit von der Abschlussnote des Bachelor-Studiums vergeben. Angesichts des großen Interesses an zu wenigen Studienplätzen führt selbst eine sehr gute Abschlussnote nicht sicher zu einer Aufnahme.

Eine Sozialerhebung der GEW lässt erkennen, dass Master-Studierende zu großem Teil aus höheren sozialen Herkunftsgruppen kommen als Bachelor-Studierende. Die soziale Herkunft kann demnach entscheidend sein, ob ein Master-Abschluss in Erwägung gezogen wird.

Ähnlich verhält es sich bei der Vergabe von Hilfskraftstellen.

So können privilegierte Studierende diesen „Job“ eher annehmen und sich bei nicht-öffentlichen Stellenbesetzungen deutlich besser platzieren. Aus Sicht der GEW wäre für einen besseren Zugang zu diesem Einstieg in die wissenschaftliche Karriere eine verpflichtende Ausschreibung von Hilfskraftstellen und eine deutliche Anhebung der Bezahlung notwendig.

Auch bei der akademischen Karriereleiter setzt sich der Prozess der sozialen Schließung fort. Biographische Unsicherheit gilt als vorherrschend in diesem Arbeitsfeld. Das Wagnis einer Wissenschaftskarriere muss man sich buchstäblich leisten können, denn eine Dauerbeschäftigung geht meist nur mit der Berufung auf eine Professur einher.

Eine positive Entwicklung ist jedoch zu nennen: Die Umkehr der Beweislast im Ausland erbrachter Studienleistungen. Studierenden müssen nun nicht mehr nachweisen, dass die abgelegten Studienleistungen im Ausland equivalent mit denen der eigenen Universität sind. Diese Aufgabe übernimmt die Universität.

Der gesamte Artikel erscheint in der aktuellen Ausgabe der HLZ/April 2015 und kann auf www.gew-hessen.de/veroeffentlichungen/zeitschriften/heruntergeladen werden.

Fragezeichen: Stephanie Hofschläger, pixelio.de



Das Praxissemester – Chance oder Risiko?

Im Gespräch mit Andrea Gergen

Das Praxissemester – hoch gelobt und doch problematisch? Wir sprechen mit Andrea Gergen, Leiterin des Referats Aus- und Fortbildung der GEW Hessen und Pädagogische Mitarbeiterin am Institut für Schulpädagogik der Universität Marburg, über Probleme, die mit der Umstellung von Referendariat auf Praxissemester für Studierende, Schulen und Universitäten entstehen. Vielen Dank Andrea, dass du dir die Zeit genommen hast, uns ein paar Fragen zu beantworten.

HSZ: Was bedeutet die Einführung des Praxissemesters konkret für Schulen und Universitäten?

Andrea Gergen: Ab dem Wintersemester 15/16 soll an der Goethe-Universität Frankfurt, Justus-Liebig-Universität Gießen, Universität Kassel sowie an der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Frankfurt eine schulische Praxisphase in Form eines Praxissemesters für Lehramtsstudierende erprobt werden. Dieses Praxissemester muss zwischen Ende des zweiten und vierten Semesters abgelegt werden. Die Erprobung soll unter Einbeziehung der Lehrkräfte, die die Studierenden in der Schule betreuen, wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden.

Laut Durchführungsverordnung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes sollen die Studierenden am gesamten Schulleben teilnehmen. Darunter zählt Hospitation, Unterrichtsversuche unter Aufsicht und Veranstaltungen außerhalb des Unterrichts wie Elternabende und Konferenzen. Des Weiteren übernehmen sie ausbildungsrelevante Aufgaben aus Bereichen der Schulleitung, diverser Fachgebiete, Medien und individueller Förderung.

Die vermeintliche Garantie einer Erhöhung der Praxisanteile im Lehramtsstudium hat bei näherem Hinsehen diverse Haken: Die zu erwartende berufliche Mehrbelastung aller Beteiligten wird aller Voraussicht nach in keinem Verhältnis zum Ertrag, d.h. zu den beruflichen Erfahrungswerten der Studierenden stehen.

Und es mangelt an Transparenz. Erforderliche Modulhandbücher sind nicht geschrieben, die Aufgaben der Betreuer_innen an den Schulen sind unklar, sowie die Zahlen an Praktikanten, mit welchen sie jedes Semester zu rechnen haben. Außerdem sind die schulischen Präsenzzeiten an allen Universitäten

unterschiedlich geregelt. Fest steht nur, dass die Studierenden keine Zeit haben werden, neben dem Praxissemester einen Nebenjob auszuüben.

HSZ: Die Schulen sollen den Studierenden bereits nach dem zweiten Semester die Berufswelt „Lehrer_in“ verdeutlichen. Inwieweit ist so eine Zielsetzung überhaupt mit dem Praxissemester vereinbar?

Andrea Gergen: Die eigentliche Zielsetzung des hessischen Praxissemesters, das schon im dritten Semester und damit ohne unterrichtlich nutzbare Fachkenntnisse durchgeführt werden soll, wird gegenüber der Öffentlichkeit verschleiert: Das Konzept des Praxissemesters vermischt das Ziel der Eignungsfeststellung für den Lehrerberuf mit dem Ziel der Erforschung des Arbeitsfelds Schule. Man will die Lehramtsstudierenden einem „Praxischock“ aussetzen, um die Zahl der Studierenden frühzeitig zu reduzieren. Die Annahme einer erfolgreichen Reflexion der Berufswahl durch solch eine Vorgehensweise widerspricht allen Erfahrungswerten. Die Ungeeignetheit des Modells zeigt sich auch darin, dass die Erprobung nicht mit der Verlängerung der Lehramtsausbildung um mindestens ein Semester verbunden wird. Schulische Alltagserfahrungen und deren begleitende Reflexion können eine wissenschaftliche Analyse und fachdidaktische Theoriebildung nicht ersetzen.

HSZ: Wie sehen die Forderungen der GEW und Lösungen aus deiner Sicht aus?

Andrea Gergen: Vor dem Hintergrund der unklaren Zielsetzung der Probe-phase des Praxissemesters, der dargestellten grundlegenden Schwächen des Modells, der diffusen Gesamtplanung und der ungeklärten Finanzierung lehnt die GEW Hessen den derzeit geplanten

Modellversuch zur Erprobung eines Praxissemesters im Lehramtsstudium ab. Zum Gelingen des Praxissemesters sind institutionelle und personelle Rahmenbedingungen notwendig. An den Universitäten sind Dauerstellen zur Sicherung der Kontinuität der Kooperation mit den Schulen und zur Betreuung der Studierenden erforderlich. Neben der ausstehenden Vierzig-Stunden-Woche für Lehrer_innen, kann eine weitere Mehrarbeit als Mentor_in ohne Entlastung durch Reduzierung der wöchentlichen Pflichtstundenzahl nicht hingenommen werden.

Die GEW fordert die Ersetzung des Praxissemesters durch eine Rückkehr zu curricular aufeinander aufbauenden Praxisphasen, wie es in Marburg und Darmstadt der Fall ist.

Die betroffenen Lehramtsstudierenden sollten einen offenen Diskurs über die Ausgestaltung eines Praxissemesters einfordern, bevor Universitäten, Studierende, Schulen sowie Schüler_innen wieder einmal zu Versuchsobjekten eines zum Scheitern verurteilten Bildungsexperiments gemacht werden.

Studentenjob und Studium?

Geld neben dem Studium verdienen, das gehört für die meisten Student_innen zum Alltag. Oft wird jedoch vergessen, dass jobbende Studierende die gleichen Rechte wie Regulärbeschäftigte haben. Die DGB-Jugend bietet deshalb an vielen Hochschulstandorten ein „DGB-Campusoffice“ an, das den Student_innen bei Fragen rund um die Themen Rechte und Pflichten im Job, Sozialversicherung, Praktikum etc. beratend zur Seite steht. Weitere Infos: www.jugend.dgb.de/studium/beratung/vor-ort

Spitze – Mitte – Schluss

„Welche Uni ist denn wirklich die Beste?“ Diese Frage stellen sich jährlich tausend angehende (Master-)Student_innen während der Bewerbungsphase. Das CHE-Ranking wird hier häufig zur Entscheidungshilfe.

Aus Unsicherheit und Überforderung mit der riesigen Auswahl an Studiengängen und Hochschulen wird letztendlich das Internet zum Ratgeber. Im Hochschul-Dschungel soll irgendwie die „beste“ Hochschule gefunden werden. Somit landet man entweder auf der Internetpräsenz des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) oder auf dessen Ranking-Plattform auf zeit.de.

Das CHE-Ranking ist kritisch zu bewerten. So beruhen Wertungen beispielsweise zur „Qualität der Lehre“ auf einer Studierendenbefragung, die durch ihre geringe Fallzahl (Rücklaufquote unter zwanzig Prozent) nicht repräsentativ ist. Auch fragliche Kriterien wie „Forschungsgelder pro Wissenschaftler“, also Drittmittel, verkörpern in keiner Weise einen Studiengang, sondern ökonomische Wettbewerbslogik.

Siebzig Prozent aller deutschen soziologischen Institute, wie auch ganze Hochschulen (Hamburg, Köln, Leipzig) sind bereits aus der Teilnahme am Ranking ausgestiegen. Weitere Fachbereiche äußern sich zunehmend kritisch. Die Kritik: Das CHE sei rein kommerziell orientiert und fördere elitäres Denken. Die mangelnde Methodik dient als weiterer Kritikpunkt.

Insgesamt fehlt es an einer neutralen Plattform, die die Flut an Informationen zu Hochschulen und Studiengängen zusammenfasst und den Student_innen sachlich zur Verfügung stellt.

Weitere Informationen zur kritischen Auseinandersetzung und eine Stellungnahme des CHE www.sozioogie.de/de/che.html.

Drittmittel: Dialektik der Abhängigkeit

Durch die Hochschullandschaft geht ein Trend der Privatisierung. Mit über 6,7 Milliarden Euro „Fördergelder“ versucht die Privatwirtschaft Einfluss auf



die universitäre Forschung und Zielsetzung zu nehmen. Die Gelder kommen in erster Linie nicht den Studierenden zugute, sondern fördern die Verflechtung und Abhängigkeit der Hochschulen mit und von der Wirtschaft.

Der Auslöser? Der Staat zieht sich zunehmend aus der finanziellen Verantwortung und hinterlässt Lücken, die Unternehmen bereitwillig durch „Forschungsaufträge“, „Forschungsk Kooperationen“ und „Stiftungsprofessuren“ füllen. Die Gelder sind jedoch an Ziel- und Leistungsanforderungen geknüpft. Somit ist es für Unternehmen möglich, direkten Einfluss an den Hochschulen zu üben.

Diese Abhängigkeit der Hochschulfinanzierung mündet in einer Differenzierung zwischen „Elite-“ und „Massenhochschulen“.

Um dieser Entwicklung zu begegnen, fordert die GEW eine am Bedarf orientierte öffentliche Finanzierung von Lehre und Forschung für die Bildung einer sozialen und humanen Gesellschaft.

Drittmittel sind nicht zwingend etwas Schlechtes, sollten jedoch nicht das stärkste finanzielle Standbein der Hochschulen sein. Die GEW fordert eine Offenlegung aller Drittmittel und eine Einschränkung des Einflusses der Wirtschaft auf Bildungseinrichtungen.

Die Seite www.hochschulwatch.de (Logo oben) ermöglicht einen Einblick über Dritt- und Fördermittel von (fast) allen deutschen Hochschulen. Weitere Informationen gibt es auf: www.gew.de/wissenschaft.

TERMINE APRIL–AUGUST

APRIL

18. April | 10 Uhr
Erfurt | DGB-Studierendenvernetzungstagung
Anmeldung bei Björn Schröter, bjoern.schroeter@dgb.de

22. April | 12 Uhr
Campus Goethe-Uni Frankfurt
Aktionstag für gute Arbeit und gute Studienbedingungen

28. April | 18 Uhr
GEW Hessen, Frankfurt,
Zimmerweg 12 | „Als Studierende aktiv werden in der GEW“

29. April | 18 Uhr
Campus Goethe-Uni Frankfurt
Vortrag „Traumjob Wissenschaft“

30. April | 18 Uhr
Campus Uni Kassel | Seminar
„Hilfskräfte haben Rechte“

MAI

1. Mai Tag der Arbeit
„Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!“ | Kundgebungen der Gewerkschaften für Gute Arbeit und ein soziales Europa in allen größeren Städten in Hessen

30. Mai | 10.30 Uhr
DGB-Haus Frankfurt
„Die Junge GEW wählt und streikt“
Versammlung der Mitglieder U35

JUNI

12.–14. Juni
Jugendherberge Marburg
Seminar „Strategische Gremienarbeit“ mit Tobias Cepok
Anmeldung bis zum 31. Mai bei Barbara Lösel, bloesel@gew-hessen.de

18.–21. Juni
8. Marburger Bildungsfest
Programm www.bildungsfest-marburg.de

AUGUST

28.–30. August
Grünberg | Sommercamp der DGB-Jugend Hessen-Thüringen
Politics, Party, Workshop, Aktion
Anmeldung unter jugendbuero-frankfurt@dgb.de

Allzeit bereit – immer bereit?

Problemfelder studentischer Hilfskräfte

Wir alle kennen sie aus unseren Seminaren und Tutorien, als Aufsichtspersonen in unseren Klausuren und von den Ausleihen in den Uni-Bibliotheken: Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte.

Dabei scheint es oftmals so, als würden diese Kommiliton_innen nicht nur einen besseren Zugang zu Dozent_innen haben, sondern eben schon „richtig“ an der Hochschule arbeiten und damit gegenüber anderen Studierenden in vielen Dingen einen gewissen Vorteil haben. Tatsächlich aber bringt die Arbeit als Hilfskraft an einer Hochschule auch negative Aspekte mit sich, die auf den ersten Blick nicht unbedingt als solche zu erkennen sind. Hilfskräfte müssen „allzeit bereit“ sein und oft sehr kurzfristig Arbeiten erledigen. Obwohl vorgeschrieben ist, dass die Arbeit von Hilfskräften diese auch immer qualifizieren und weiterbilden soll, sieht der Arbeitsalltag von vielen ganz anders aus: Sie stehen stundenlang vorm Kopierer oder sitzen an der Ausleihe und scannen Bücher; sie beaufsichtigen ihre Kommiliton_innen bei Klausuren und korrigieren diese in vielen Fällen auch noch. Insbesondere studentische Hilfskräfte schwanken hier zwischen zwei Extremen: Entweder sie machen eintönige (Hilfs-)Arbeiten, bei denen sie nichts lernen, oder sie übernehmen Arbeiten, die eigentlich von wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen oder vom Verwaltungspersonal geleistet werden sollten. So gelingt es den Hochschulen zunehmend tarifgebundene Beschäftigungs-

verhältnisse abzubauen, denn Hilfskräfte arbeiten ohne Tarifvertrag und gelten in den Haushalten der Institute als „Sachmittel“. Verstärkt wird diese Abhängigkeit noch dadurch, dass in einer Vielzahl der Fälle, die direkten Vorgesetzten der Hilfskräfte gleichzeitig auch ihre Prüfer_innen in ihrem Studiengang sind. Ohne Personalrat gibt es hier keine Vermittlungsstelle die bei auftretenden Problemen helfen kann. Dabei scheinen vielerorts nicht einmal gesetzliche Mindestbestimmungen für Hilfskräfte zu gelten: Fragt man Hilfskräfte nach ihrem Urlaubsanspruch und ihrem Recht auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall erhält man häufig nur irritierte Blicke. Dass das Ganze auch anders geht, zeigt sich in Berlin, wo ein Tarifvertrag und ein eigener Personalrat für Hilfskräfte seit vielen Jahren schon etabliert sind. In den Tarifverhandlungen an der Goethe Universität und der TU Darmstadt wird aktuell auch in Hessen darüber verhandelt, die Hilfskräfte in einen Tarifvertrag mit aufzunehmen und damit ihre Rechte deutlich auszubauen. Ein Erfolg kann und muss den Weg für weitere Verhandlungen zur Verbesserung der Lage von Hilfskräften ebnen.

www.hilfskraft-hessen.de



Deine Kontakte zur GEW

- **Landesstudierendensprecher_innen**
Birthe Kleber, Matthias Schröder,
Lukas Becker, Alexander Herold,
Valentin Dietrich
studierende@gew-hessen.de
- **Kassel**
Oliver Schmolinski
GEW-Studierende
c/o GEW RV Nordhessen
Friedrich-Engels-Str. 26, 34117 Kassel
oliver-schmolinski@gmx.de
- **Marburg**
Matthias Schröder
c/o GEW-Hochschulgruppe
Erlenring 5, 35037 Marburg
studierende-marburg@gew-hessen.de
- **Gießen**
Birthe Kleber
c/o GEW-Hochschulgruppe
studierende@gew-hessen.de
- **Frankfurt**
DGB Hochschulgruppe Frankfurt
c/o Alexander Wagner
DGB Jugendbüro für Frankfurt
Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77,
60329 Frankfurt
studierende-dgb@dist.server.uni-frankfurt.de
- **Darmstadt**
Sebastian Ankenbrand
c/o GEW BV Südhessen
Gagernstraße 8, 64283 Darmstadt
ankenbrand@gew-suedhessen.de
- **Jugendbildungsreferent Hessen**
Tobias Cepok, GEW Hessen
Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt
Tel. (i.d.R. Mo + Do) 069-971293-26
Mobil: 0175-9337730
tcepok@gew-hessen.de



Wann, wenn nicht jetzt?

Interessen vertreten und Bildung gestalten.
Der GEW beitreten und politisch aktiv sein!
Online-Beitritt unter: www.gew.de/Mitgliedsantrag.html

Impressum

GEW Landesverband Hessen
Zimmerweg 12 | 60325 Frankfurt

Mitwirkende

Tobias Cepok, Roman George, Angela Graf, Alexander Herold, Birthe Kleber, Sebastian Lux

Satz und Layout

Elke Hoeft, GEW Hessen

V.i.S.d.P.

Tobias Cepok, Referent für Jugendbildung, Hochschule und Forschung, GEW Hessen

Druck

Druckkollektiv Gießen

Auflage 4000

Frankfurt, März 2015

Foto links: Warnstreik am 11. März in Darmstadt